

Gesetz ist nicht nur zu berücksichtigen, sondern im vollen Umfange seiner rechtlichen Tragweite in den vom Herrn Ministerpräsidenten angekündigten Briefwechsel aufzunehmen.

(Beifall)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, mit einer kurzen persönlichen Bemerkung schließen: Es hat mich tief bekümmert, daß auf diesen Einigungsprozeß der Deutschen ein Schatten fiel, als der Vertreter der jüdischen Bürger auf die Präambel hinwies und die Meinung zum Ausdruck brachte, daß das, was in deutschen Landen zwischen 1933 und 1945 seinem Volk gegenüber geschehen sei, nicht deutlich zu erkennen sei.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren: Treten Sie dafür ein, daß nicht diejenigen, die in der einen oder anderen Form Opfer von Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen der Staatssicherheit geworden sind, auch Kummer empfinden müssen, wenn sie den Text des Einigungsvertrages lesen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke Ihnen, Herr Ullmann, für diese Erklärung.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde

„Zur Arbeitslosigkeit in der DDR“

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der PDS hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema: „Zur Arbeitslosigkeit in der DDR“ verlangt. Ich eröffne die Aussprache und bitte den Abgeordneten Höpcke von der Fraktion der PDS, das Wort zu nehmen.

Höpcke für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die PDS hat den Antrag zu einer Aktuellen Stunde zur Arbeitslosigkeit gestellt. Uns geht es dabei um die beunruhigende Zahl von DDR-Bürgern ohne Arbeit, um die soziale Lage dieser Bürger und um die Unsicherheit vieler noch bestehender Arbeitsplätze.

Unsere erste Frage an die Regierung: Wie ist der tatsächliche Stand der Arbeitslosigkeit? Nach offiziellen Angaben gibt es 361000 Arbeitslose. Die Arbeitsverwaltung gibt die Zahl der Kurzarbeiter mit anderthalb Millionen an. Das sind doppelt so viele wie im Vormonat. Wie hoch ist die Zahl der Kurzarbeiter, die null Stunden arbeiten, in vielen Fällen an keinen Umschulungsmaßnahmen teilnehmen können und damit faktisch bereits arbeitslos sind? Wieviel sind gegen ihren Willen in den Vorruhestand geschickt worden?

Stimmt es, daß 60 Prozent der Absolventen des 90er Jahrgangs keine erste Anstellung fanden und damit Sozialhilfe beantragen müssen?

Die von der Arbeitsverwaltung gestern vorgelegten Zahlen würden bedeuten, daß mehr als 1,8 Mio Menschen in diesem Lande von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Wie stehen Sie zu dieser Zahl?

Ich nehme an, Sie wissen, daß es örtlich oft noch beträchtlich dramatischer aussieht. Ich war gestern in Eilenburg, einer Stadt mit Betrieben der Chemieindustrie sowie der Metall- und der Holzverarbeitung. Von den 4000 Beschäftigten dieser Betriebe sind jetzt 1000, also 25 %, arbeitslos geworden.

Wir fragen also weiter: Was will die Regierung tun, um die dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit aufzuhalten? Wir halten in dieser Situation die Erarbeitung und Durchsetzung zentraler und regionaler Struktur- und Beschäftigungsprogramme, auf Strukturkonzepte gestützter Umschulungsprogramme und

die Aktivierung verschiedener finanz- und steuerpolitischer Instrumente für unbedingt notwendig.

Darunter verstehen wir z. B. Steuervergünstigungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Ergänzungsabgaben zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen u.a.. Für meine Begriffe zeugt es von Konzeptarmut oder Konzeptionslosigkeit, wenn jungen Ingenieuren in Berliner Betrieben - wie dem KWO - gekündigt wird und als Umschulungsmöglichkeiten Buchhalter oder Versicherungsagent offeriert werden. Wo bleiben Strukturkonzepte, die solchen absurden Angeboten zur Wasserkopfvergrößerung Vorbeugen? Wo bleiben überhaupt Struktur- und Beschäftigungsprogramme für besonders bedrohte Industriezweige und Regionen? Warum wird nicht einmal die vom Arbeitsförderungsgesetz eingeräumte Möglichkeit der Durchführung befristeter Arbeitsmarktprogramme genutzt?

Um das weitere Anwachsen der Arbeitslosenzahlen abzu-bremsen, halten wir es für dringend notwendig, die Liquiditätskrise in der Wirtschaft schnell zu lösen. Derzeit reißt ein Unternehmen das andere in die Krise. Es entsteht ein immer schwieriger zu durchbrechender Teufelskreis von Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen und Arbeitslosigkeit - und sei es durch Kurzarbeit verdeckte - der Arbeiter und Angestellten.

Warum werden unter diesen Umständen Betrieben, die durchaus konkurrenz- und überlebensfähig wären, nicht günstigere Überlebenschancen durch die Streichung bzw. Stundung der Altschulden gegeben? Was wird getan, um die Talfahrt des Mittelstandes aufzuhalten? Statt als Arbeitsplatzbeschaffer wirken - zu können, wie es oft gesagt worden war, produzieren jetzt viele Betriebe von Handwerk und Gewerbe durch die Lage, in die sie gebracht wurden, selbst Arbeitslose.

Ohne ein prinzipiell neues Herangehen werden solche Instrumentarien wie das Arbeitsförderungsgesetz wirkungslos bleiben. Die Arbeitslosen werden so lediglich verwaltet.

Wir sind der Auffassung, daß jede Maßnahme, die für Strukturanpassung aufgewendet wird, spätere Ausgaben für Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe spart. Die Zukunft des Wirtschafts- und Sozialraumes der heutigen DDR hängt davon ab, ob he u t e begründete Entscheidungen gefällt werden. Fallen diese Entscheidungen nicht, werden die leistungsfähigen und jungen Arbeitskräfte abwandern.

Dieser Prozeß hat, wie Sie wissen, schon begonnen und damit die Chancen für eine Erhaltung der Produktionsstandorte hier immer geringer werden lassen.

Die Kernfrage sehen wir also nicht in Arbeitsverwaltung oder Arbeitslosigkeitsverwaltung, sondern in der Entwicklung der Produktionsstandorte hier. Daß Frau Hildebrandt als Sozialministerin so engagiert gearbeitet hat, hat sein Gutes auch in dieser Hinsicht. Man kann ihr nicht nachsagen, sie und das von ihr geleitete Amt hätten versagt. Das Versagen liegt tiefer. Es hat seine Ursachen im Fehlen eines Konzepts zur Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft

(Beifall)

an hiesigen Produktionsstandorten. Arbeitslosigkeit von Millionen Frauen und Männern betrachten wir als eine Erscheinungsform einer asozialen und antisozialen Politik oder - ganz sachte gesagt - der Nichtbewältigung sozialer Probleme, als Ausdruck einer nur mit Vorbehalt sozial zu nennenden Marktwirtschaft. Denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Für die Betroffenen ist es vor allem ein menschliches, ein soziales Problem. Das beginnt mit dem Einkommensverlust, setzt sich fort in der Gefahr gesellschaftlicher Isolation und kann bis zu gesundheitlichen Folgen für die Arbeitslosen und ihre Familien reichen.

Wir stellen der Regierung folgende Fragen: Welche Vorstellungen existieren, um die Leistungen für Arbeitslose, vor allem das Arbeitslosengeld kurzfristig an die zu erwartende Einkommens- und Preisentwicklung, besonders bei Mieten, anzupassen? Durch die unkritische Übernahme des BRD-Rechts fallen